

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 29 (1988)
Heft: 6

Artikel: Tragisches Ende zionistischer Verwirklichung?
Autor: Baumgartner, Jacques
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094199>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Tragisches Ende zionistischer Verwirklichung?

Eine der Auswirkungen der seit dem vergangenen 8. Dezember anhaltenden Unruhen in den von Israel besetzten Gebieten (Gasastreifen und Westjordanland) dürfte sein, dass die Israeli bald eine neue Knesset (Parlament) werden wählen müssen. Reguläre Wahlen wären für November vorgesehen. Es ist aber fraglich, ob die schon in den zurückliegenden dreieinhalb Jahren verschiedentlich vom Zusammenbruch bedrohte Regierungskoalition aus Likud und sozialdemokratischer Arbeiterpartei (Maarach) wird durchhalten können.

Gräben aufgerissen

Der Konflikt um die besetzten Gebiete reißt Gräben in die israelisch-jüdische Gesellschaft. Eine Mehrheit scheint die «Ideologie der ge-

brochenen Knochen, welche keine Todesopfer nach sich zieht», zu billigen. Applaudiert wird diese Option der «Eisernen Faust» vom Likud des Ministerpräsidenten Vitzhak Shamir und von Gross-Israel-Ideologen. Geschaffen hat die Prügelpolitik der der Maarach angehörende Verteidigungsminister Vitzhak Rabin. Die Zahl jener Israeli, die eine solche «Politik» ablehnen, nimmt zu. Diese können die passive Haltung, «Schicksalsschläge zu erleiden, weil Gott diese eben für das jüdische Volk vorgesehen hat», nicht in Einklang bringen mit den energischen Unterdrückungsmassnahmen gegenüber den Palästinensern.

Linksradikale und Linksliberale wollen mit der PLO verhandeln, und zwar mit dem Ziel, sich darüber zu einigen, auf dem Westufer des Jordans und im Gasastreifen einen Palästinenser-

staat zu schaffen. Auf eine Teilnahme Israels an einer internationalen Konferenz drängen dagegen Maarach und ihr Chef, Aussenminister Shimon Peres. Shamir und sein Likud, verstärkt durch die klerikalistischen Mitläuferfraktionen und die Rechtsopposition, sind gegen eine solche Konferenz.

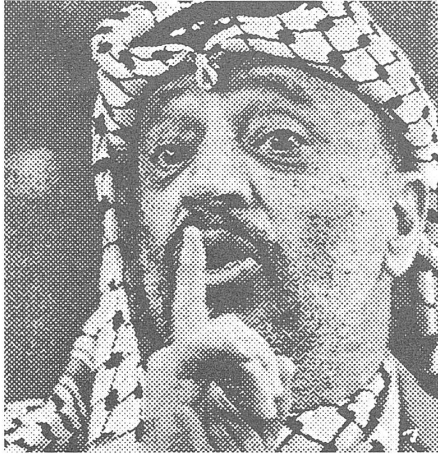
Kriechende Annexion?

Sie wollen offenbar den seit zwei Jahrzehnten bestehenden Status quo der «kriechenden Annexion» aufrechterhalten. Bestenfalls wäre ein Teil des Likud bereit, die «Totgeburt» einer auf fünf (Übergangs-)Jahre limitierten Palästinenserautonomie wieder auferstehen zu lassen. Eine solche war in den Abkommen von Camp David (1978), welche zum Friedensschluss zwischen Israel und Ägypten führten, vereinbart worden.

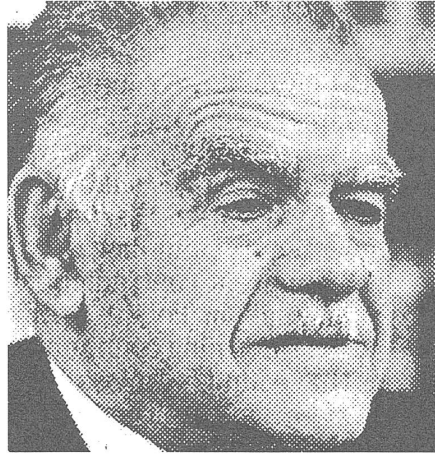
Durch die Unruhen sehen sich nun die Vereinigten Staaten im Präsidentenwahljahr gezwungen, das Nahost-«Momentum» eiligst wiederzubeleben. Der «neue» Vorschlag aus Washington berücksichtigt den Widerstand von Shamir gegen eine internationale Konferenz auf Kosten von «Substanzverpflichtungen» an die Palästinenser. Konkret heisst es: Den Palästinensern wird eine «beschleunigte» (drei- statt fünfjährige) Autonomie «in Aussicht gestellt». Ausserdem soll über den endgültigen Status der (besetzten) Gebiete noch vor Jahresende verhandelt werden. Vorgängig sollen Wahlen stattfinden: Ein demokratisch ge-



Demonstrierende Palästinenserin.



PLO-Chef Jassir Arafat.



Aussenminister Shimon Peres.



Verteidigungsminister Yitzhak Rabin.

wählter Autonomierat der Palästinenser bestimmt danach seine Vertreter für Verhandlungen mit den Israeli.

Land für Frieden

Die PLO lehnte den amerikanischen Plan entschieden ab, weil sie befürchtet, nach freien Wahlen die Ambition begraben zu müssen, in einem künftigen Staat der Palästinenser die Alleinmacht zu übernehmen. Vorab die aufrührerische, von der iranischen Revolution inspirierte Jugend im Gasastreifen lehnt sowohl eine Arafat-Führung wie eine Föderation mit Jordanien ab.

Im «Austausch» gegen eine Friedensregelung mit Jordanien wäre Peres heute bereit, über das «Ausmass einer allfälligen Räumung» des Gazastreifens und des Westjordanlandes zu reden. Nicht so Rabin, der ihm, je näher die Wahlen heranrücken, die Maarach-Führung streitig machen dürfte. Der Aussenminister spielt mit einer Karte, die bald, so oder so, stechen könnte.

Die «fortgesetzte Unterdrückung», wie Peres warnt, von anderthalb Millionen Palästinensern – die über 700 000 Araber israelischer Staatsbürgerschaft nicht berücksichtigt – drohe «verhängnisvoll» zu werden; Schon um die Jahrhundertwende werden – zusammen mit

den israelischen Arabern – nahezu ebenso viele Palästinenser wie Juden unter israelischer Herrschaft leben. Dann bliebe die Wahl zwischen einem nach dem «Südafrika-Apartheid-Modell» gestalteten Israel und einem demokratisch verbleibenden binationalen israelischen Staat. Letzterer wäre kein jüdischer Staat mehr. Der Traum «zionistischer Verwirklichung» wäre ausgeträumt ... *Jacques Baumgartner*



Verhaftete Demonstranten.



Ministerpräsident Yitzhak Shamir.